



Bundesverband Freier  
Immobilien- und Wohnungs-  
unternehmen

Französische Straße 55  
10117 Berlin  
Tel.: 030 32781-110  
Fax: 030 32781-299

Pressekontakt:  
Jens Christian Kage  
Pressesprecher

[Jens.C.Kage@bfw-bund.de](mailto:Jens.C.Kage@bfw-bund.de)  
[www.bfw-bund.de](http://www.bfw-bund.de)  
[www.bfw-newsroom.de](http://www.bfw-newsroom.de)

Twitter: @BFWBund

## **BFW-PRESSEMITTEILUNG**

### **Bundeskanzler irrt – Hohe Baukosten durch Regulatorik**

**Berlin, 13.11.2023. Der BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen zeigt sich erstaunt über jüngste Aussagen von Bundeskanzler Olaf Scholz in einem Interview mit der „Heilbronner Stimme“ über die Lage beim Wohnungsbau. Es seien „nicht die richtigen Wohnungen geplant“ worden und „das hätten sie mit dem Taschenrechner auch vorher rausfinden können“.**

**„Die Sätze des Bundeskanzlers sind befremdlich. Regierungshandeln hat das Bauen in Deutschland durch Regulatorik und Anforderungen extrem verteuert und nun sind die Unternehmen schuld an der Lage? Belehrungen darüber, wie Unternehmen wirtschaftlich handeln sollten, sind unnötig und von einer Regierung, die ihre eigenen Zielvorgaben beim Wohnungsbau so krachend verfehlt, völlig unangebracht“ erklärte BFW-Präsident Dirk Salewski in Berlin.**

„Der Kanzler identifiziert zwei Hauptprobleme: Fehlendes Bauland und ein am Markt vorbezielendes Angebot. Dabei ist fehlendes Bauland eine Frage der Kommunen, die es bereitstellen. Auch der Mangel an Bauland hat zu hohen Preisen geführt. Richtig ist, wir brauchen viel mehr Bauland und wir müssen wieder viel mehr bauen.

Aber: Sowohl private Bauträger als auch gemeinnützige Wohnungsunternehmen können alle zurzeit keinen bezahlbaren Wohnraum erstellen. Und das nicht, weil sie am Bedarf vorbeiplanen. Teure staatliche Anforderungen, fehlendes Bauland, hohe Bauzinsen und gestiegene Baukosten haben insgesamt zu dieser Lage geführt. Ein Blick in die einschlägigen Studien würde hier schon für Durchblick sorgen. Dass man mit einem „Taschenrechner“ vorher hätte bemerken müssen, dass es keinen Markt für derart teure Wohnungen gibt, ist schlicht eine Frechheit angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage vieler Firmen und dem drohenden Arbeitsplatzverlust in der Baubranche. Was der Kanzler damit bezweckt, ist mir ein Rätsel“, so der BFW-Präsident.

---

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerboneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.